



Internationaler Migrationsausblick: SOPEMI 2010

Zusammenfassung in Deutsch

- Die internationale Migration steht trotz des mit dem Wirtschaftsabschwung zusammenhängenden Rückgangs der Arbeitskräftenachfrage weiter ganz oben auf der Politikagenda der OECD-Mitgliedsländer. Im jährlich erscheinenden International Migration Outlook werden die Entwicklungen im Bereich Wanderungsbewegungen und Migrationspolitik in den OECD-Ländern untersucht. Dabei wird analysiert, welchen Beitrag die Zuwanderung zur Veränderung des Umfangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den vergangenen zehn Jahren geleistet hat und welche Rolle die projizierte Zuwanderung für das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den kommenden zehn Jahren spielen wird. Besonderes Augenmerk richtet der Bericht ferner auf die ausländischen Studierenden, wobei u.a. ein erster Versuch unternommen wird, den Anteil dieser Studierenden zu berechnen, der nach Abschluss des Studiums im Aufnahmeland bleibt.
- Darüber hinaus werden in dieser Publikation die wichtigsten Änderungen in der Zuwanderungspolitik untersucht, darunter neue Gesetze zur Regelung des Zuzugs, Aufenthalts und Arbeitsmarktzugangs von Migranten. Dabei wird insbesondere auf die selektive, an Arbeitsmarkterfordernissen und Punktesystemen ausgerichtete Anwerbung von Zuwanderern sowie auf Maßnahmen zur Erleichterung der Integration von Migranten eingegangen. Genauer analysiert wird zudem die internationale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Grenzkontrollen und zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung.
- Gegenstand der Untersuchung sind ferner die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmarktergebnisse der Zuwanderer unter Berücksichtigung von Geschlecht, Beschäftigungssektoren und unterschiedlichen Vertragstypen sowie die Dynamik der demografischen Entwicklung der im Inland und der im Ausland geborenen Bevölkerung während des Betrachtungszeitraums.

*Im International Migration Outlook
2010 wird ein leichter Rückgang der
Zuwanderung in OECD-Länder festgestellt*

...

Die Zahl der dauerhaften, legalen Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger sank 2008 mit rd. 4,4 Millionen um 6%, was nach einem durchschnittlichen Wachstum von 11% in den vergangenen fünf Jahren den ersten Rückgang darstellt. Diese Abnahme ist jedoch zum großen Teil auf Rückgänge in einer geringen Zahl von Ländern zurückzuführen und auch durch die besonders hohen Zuwanderungszahlen im Jahr 2007 bedingt. Indessen setzte sich die rückläufige Tendenz 2009 fort, wobei sich die Zuwanderung infolge der Wirtschaftskrise in den meisten OECD-Ländern verringerte.

*... insbesondere im Hinblick auf
die Zuwanderung im Rahmen von
Freizügigkeitsregelungen und den
Familiennachzug*

Auf die Migration innerhalb von Regionen, in denen Freizügigkeitsregelungen gelten, entfielen 2008 rd. 25% aller Migrationsbewegungen im OECD-Raum, in Europa sogar 44%. In Norwegen, der Schweiz, Österreich und Dänemark macht diese Art von Migration weit über die Hälfte aller Wanderungsbewegungen aus. Unter den europäischen Ländern spielte die Arbeitsmigration 2008 in Portugal, Spanien, im Vereinigten Königreich und in Italien eine wichtige Rolle, wo 20-30% der dauerhaften Zuwanderer zu Arbeitszwecken einreisten. In den anderen Ländern, außer in Japan und Korea, nimmt der Familiennachzug nach wie vor den größten Platz unter den verschiedenen Kategorien dauerhafter Zuwanderung ein. In den Vereinigten Staaten sowie in Frankreich und Schweden ist weiterhin der Nachzug von Familienangehörigen vorherrschend (65%).

*Die befristete Zuwanderung spielt nach wie
vor eine wichtige Rolle, wurde jedoch durch
den Wirtschaftsabschwung beeinträchtigt ...*

Die befristete Migration ist seit Mitte der 2000er Jahre gestiegen, begann 2008 jedoch abzunehmen, wenngleich dieser Rückgang vor allem in den befristeten Arbeitsmigrationsprogrammen zu Tage trat. 2008 belief sich die Zahl der befristeten Zuzüge von Arbeitsmigranten im OECD-Raum insgesamt auf über 2,3 Millionen, was nach vier Jahren stetigen Wachstums einer Abnahme um 4% entspricht, und alle Anzeichen sprechen dafür, dass der Rückgang sich 2009 fortsetzen wird. Saisonarbeit, Arbeitsurlaubsprogramme und konzerninterne Entsendungen erhielten 2008 Zulauf, während die anderen Kategorien – größtenteils zeitlich befristete Arbeitsmigration – eine rückläufige Entwicklung verzeichneten. Die befristete Arbeitsmigration war auch einer der ersten Migrationskanäle, der durch den Wirtschaftsabschwung beeinträchtigt wurde.

*... während die Zahl der Asylbewerber
weiter steigt*

Die Zahl der Asylbewerber ist im OECD-Raum seit 2006 wieder gestiegen. 2008 waren die Vereinigten Staaten mit 39 400 Asylbewerberzuzügen das wichtigste Aufnahmeland, gefolgt von Frankreich, Kanada, dem Vereinigten Königreich und Italien, wo die Zahl der Zuzüge überall 30 000 überstieg. Norwegen, Schweden und die Schweiz waren auf die Einwohnerzahl umgerechnet die wichtigsten Aufnahmeländer. Die wichtigsten Herkunftsländer waren der Irak, Serbien und Afghanistan.

*Die wachsende Zuwanderung ausländischer
Studierender führt teilweise zu dauerhafter
Niederlassung*

Insgesamt hat sich die Zahl der ausländischen Studierenden zwischen 2000 und 2007 mehr als verdoppelt, auf über 2 Millionen; die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Frankreich und Australien sind die Hauptzielländer. Der stärkste prozentuale Anstieg war in Neuseeland und Korea zu beobachten, gefolgt von den Niederlanden, Griechenland, Spanien, Italien und Irland. Ausländische Studierende stellen für die OECD-Länder ein

potenziell wichtiges Reservoir an hochqualifizierten Arbeitsmigranten dar, und im OECD International Migration Outlook 2010 wird erstmals versucht, die Bleibequoten – gemessen am Anteil der Statusänderungen unter den Personen, die ihre Aufenthaltsgenehmigungen für Studierende nicht verlängern – zu untersuchen. Unter Verwendung dieser Methode schwanken die geschätzten Bleibequoten zwischen 15% und 35%, wobei der Durchschnitt bei 21% liegt.

10% der Neuzuzüge stammen aus China, weniger als halb so viele aus Polen, Indien und Mexiko

Auf die zwanzig wichtigsten Herkunftsländer entfielen 2008 über die Hälfte der Gesamtzuzüge, wobei China, Polen, Indien und Mexiko an oberster Stelle standen. Im Vergleich zu den Wanderungsbewegungen, die Ende der 1990er Jahre zu beobachten waren, war der stärkste Anstieg bei der Zuwanderung aus Kolumbien, China, Rumänien und Marokko zu verzeichnen. Die Zuzüge aus den Philippinen und der Russischen Föderation sind seit dem Jahr 2000 indessen zurückgegangen. Die Abwanderung von Polen in andere europäische Länder verharrte 2008 auf hohem Niveau.

In vielen OECD-Ländern war ein Großteil des Bevölkerungswachstums – und ein wesentlicher Teil des Zuwachses der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – in den vergangenen Jahren auf die internationale Migration zurückzuführen

Sollten die Migrationsraten im Großen und Ganzen auf ihrem gegenwärtigen Niveau verharren, wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den OECD-Ländern zwischen 2010 und 2020 um 1,9% steigen, verglichen mit einem Zuwachs um 8,6% im Zeitraum 2000-2010. Zwischen 2003 und 2007 entfielen 59% des Bevölkerungswachstums auf die Zuwanderung. Zuwanderer machen bis zu ein Drittel der Neuzugänge zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus, auch wenn sich dieser Beitrag durch den gleichzeitigen Zuzug von Kindern und älteren Menschen verringert. Lediglich in Frankreich, den Vereinigten Staaten und Neuseeland war das Bevölkerungswachstum in erster Linie auf den natürlichen Anstieg zurückzuführen. In einer Reihe von Ländern – darunter einige südeuropäische Länder, Österreich und die Tschechische Republik – waren rd. 90% des Bevölkerungswachstums durch die Zuwanderung bedingt.

Die höhere Beschäftigungsquote der Gebietsansässigen leistete jedoch einen größeren Beitrag zum Beschäftigungswachstum als die internationale Migration

Insgesamt sind 51% des Beschäftigungswachstums durch einen Anstieg der Beschäftigungsquote der Gebietsansässigen und 39% durch Migrationsbewegungen bedingt, wobei zwischen den einzelnen OECD-Ländern große Unterschiede bestehen. Bei vielen der Länder, in denen ein hauptsächlich durch eine stärkere Mobilisierung der gebietsansässigen Erwerbsbevölkerung bedingter Beschäftigungszuwachs verzeichnet wurde, handelte es sich um Länder, die eine relativ hohe Beschäftigungsquote (über 75%) aufweisen, wie etwa Dänemark, die Schweiz und Schweden. Umgekehrt lagen die Beschäftigungsquoten in den Ländern, in denen das Beschäftigungswachstum größtenteils von externen Quellen ausging, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs unter dem OECD-Durchschnitt.

Der diesjährige Bericht enthält einen Überblick über strukturelle und institutionelle Entwicklungen in der Migrationspolitik ...

Die Ausrichtung auf hochqualifizierte Zuwanderer, einschließlich der Nutzung von Punktesystemen (wie in Dänemark, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden), setzte sich fort, ebenso wie die Verschiebung angebotsbestimmter Systeme in Richtung der Bevorzugung von Antragstellern, die ein Arbeitsangebot im Rahmen von Programmen für die dauerhafte Zuwanderung vorweisen können (Australien und Kanada). Während ein Land

(Schweden) sich für die Zuwanderung aller Qualifikationskategorien öffnete, beschränkte sich die Öffnung für die Migration geringer qualifizierter Arbeitskräfte andernorts auf Änderungen einiger Saisonarbeitsprogramme, die die Nutzung dieser Art von befristeter Migration begünstigen sollten (Australien und Polen).

... einschließlich Integrations- und Einbürgerungsmaßnahmen

Im Rahmen von Änderungen der Politikmaßnahmen im Bereich der Familienzusammenführung wurden in der Regel strengere Kriterien eingeführt, z.B. in Bezug auf Aufenthaltsdauer und Einkommen. Die Nutzung von Sprach- oder Staatsbürgerkudetests als Voraussetzung für Familienzusammenführung und Einbürgerung nimmt weiter zu.

Einige Änderungen lassen sich speziell mit der Finanzkrise in Zusammenhang bringen

2008-2009 zielte eine Reihe neuer Initiativen im Bereich der Migrationspolitik auf die Bewältigung der Herausforderungen des Wirtschaftsabschwungs ab. In einer Reihe von OECD-Ländern wurden die Kanäle für die Arbeitsmigration genauer unter die Lupe genommen und die Aufnahmekriterien geändert. Es wurden Bestimmungen für arbeitslose Zuwanderer erlassen, die ihre befristeten Aufenthaltsgenehmigungen nicht verlängern können (Spanien und Irland), und ihnen wird auch Rückkehrhilfe gewährt (Spanien, Japan und Tschechische Republik). Einige Aufnahmequoten wurden gesenkt (Italien, Korea, Spanien und Australien).

Der Bericht befasst sich mit den unverhältnismäßig hohen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung von Zuwanderern im OECD-Raum

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war zwischen 2008 und 2009 in nahezu allen OECD-Ländern unter den im Ausland Geborenen höher als unter den im Inland Geborenen. Auch sank die Beschäftigungsquote der im Ausland geborenen Bevölkerung in den meisten OECD-Ländern stärker als die der im Inland Geborenen, wenngleich diesem Effekt in mehreren Ländern eine steigende Erwerbsquote der Zuwanderer entgegenwirkte. Während die Gesamtbeschäftigung der im Inland Geborenen während des Abschwungs in nahezu allen OECD-Ländern rückläufig war, verzeichnete eine Reihe von Ländern einen bedeutenden Anstieg der Gesamtbeschäftigung der im Ausland Geborenen. Gleichwohl hielt die Beschäftigungszunahme auf Grund der fortgesetzten Zuwanderung nicht mit dem Wachstum der im Ausland geborenen Erwerbsbevölkerung Schritt.

Junge Migranten sind besonders betroffen

...

In den meisten OECD-Ländern ist die Beschäftigung bei den im Ausland geborenen jungen Menschen drastischer gesunken als bei den im Inland geborenen. Während die Jugendbeschäftigung (15-24 Jahre) in den zwölf Monaten nach dem zweiten Quartal 2008 insgesamt um 7% sank, fiel der Rückgang bei den jungen Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so stark aus. Zudem war die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund bereits zuvor hoch und belief sich 2009 in den Vereinigten Staaten auf 15%, in Kanada auf 20% und in der EU15 auf 24%. Niedrige Beschäftigungsquoten sind insofern besorgniserregend, als die rasche Integration von jungen Menschen und Neuzuwanderern in den Arbeitsmarkt als einer der wesentlichen Bestimmungsfaktoren für ihre langfristige Integration identifiziert wurde. Bei einer Rezession besteht das Risiko von „Scarring-Effekten“, da Zuwanderern, die nach ihrer Ankunft nicht rasch einen Arbeitsplatz finden, dauerhafte Nachteile auf dem Arbeitsmarkt entstehen können. Um dem entgegenzuwirken, scheinen Sprachkurse, Mentoring und Ausbildungsplätze besonders wichtig zu sein, und diese Maßnahmen sollten während eines Abschwungs verstärkt werden.

... wenngleich es zugewanderten Frauen besser ergangen ist als zugewanderten Männern

Im Ausland geborene Frauen wurden von der Krise weniger stark getroffen als Männer, da Letztere besonders häufig in den Sektoren tätig sind, die am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurden, nämlich im Bausektor, im Verarbeitenden Gewerbe und im Finanzsektor. In allen Ländern außer Belgien und Ungarn stieg die Arbeitslosenquote der im Ausland geborenen Frauen weniger stark an als die der im Ausland geborenen Männer. In einigen

Ländern hat die Erwerbsquote der im Ausland geborenen Frauen zugenommen, was in der Regel geschieht, wenn Einkommensverluste männlicher Familienmitglieder ausgeglichen werden müssen.

Dieselben Faktoren, die Zuwanderer anfällig für Arbeitsplatzverluste machen, bewirken auch, dass sie schwerer durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erreichen sind

Der Bericht untersucht die Faktoren, die für die Arbeitsergebnisse der Zuwanderer in jüngster Zeit ausschlaggebend waren. Zuwanderer sind in konjunkturabhängigen Sektoren tendenziell überrepräsentiert, haben im Allgemeinen weniger sichere Arbeitsverträge, befinden sich öfters in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, haben häufig eine kürzere Betriebszugehörigkeit und können Opfer selektiver Entlassungen werden. Zuwanderer können de facto auch von bestimmten Maßnahmen ausgeschlossen sein, wenn der Zugang explizit oder implizit an die Aufenthaltsdauer im Land bzw. an den administrativen Status geknüpft ist, etwa bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, oder wenn eine Mindestbetriebszugehörigkeit bzw. ein unbefristeter Vertrag erforderlich ist. Im Bericht werden einige Bereiche identifiziert, in denen Politikmaßnahmen zur Verringerung der negativen langfristigen Auswirkungen auf die Beschäftigung von Zuwanderern beitragen können.

Zwei Sonderkapitel befassen sich mit aktuellen Themen ...

Zwei hervorstechende Fragen werden in Sonderkapiteln behandelt. Im ersten wird untersucht, wie die öffentliche Meinung im Hinblick auf die Zuwanderung beeinflusst wird. Im zweiten werden Bestimmungsfaktoren und Auswirkungen der Einbürgerung auf den Arbeitsmarkt analysiert.

... im ersten Sonderkapitel wird auf die Frage der öffentlichen Meinung über die Zuwanderung eingegangen ...

In diesem Kapitel werden eine Reihe von Meinungsumfragen aus den vergangenen zehn Jahren analysiert und neue empirische Erkenntnisse über die Bildung der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Zuwanderung dargelegt. Es wird die Rolle individueller Merkmale sowohl bei der Meinungsbildung im Hinblick auf die wirtschaftlichen und kulturellen Konsequenzen der Zuwanderung als auch beim Entstehen von Präferenzen in Bezug auf die Zuwanderungspolitik untersucht. Einer der Hauptpunkte, die aus dieser Analyse hervorgehen, ist, dass die Ansichten bezüglich der wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Zuwanderung die individuelle Haltung gegenüber der Öffnung der Grenzen für Zuwanderer bedeutend beeinflussen. Die öffentliche Debatte über Fragen der Zuwanderung und der Migrationspolitik wird im Allgemeinen nach wie vor durch die Art und Weise, wie diese Themen von den Medien aufgegriffen werden, sowie durch die Effekte bestimmter kollektiver Überzeugungen geprägt. Manche Bevölkerungsgruppen werden wahrscheinlich andere Einstellungen zur Zuwanderung vertreten, nicht nur wegen der mit ihr verbindenden Verteilungseffekte, sondern auch auf Grund des Werts, den sie z.B. der kulturellen Vielfalt beimessen. Es kommt daher nicht so sehr darauf an, in Bezug auf Fragen der Zuwanderung einen Konsens in der öffentlichen Meinung zu erreichen, sondern darauf, die Auswirkungen weitverbreiteter Vorstellungen und Fehleinschätzungen in der Bevölkerung zu begrenzen. In diesem Zusammenhang muss im Rahmen von Reformen der Migrationspolitik auch das Wissen und Verständnis der Öffentlichkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen der Zuwanderung verbessert werden. Die Verwirklichung dieses Ziels macht größere Transparenz im Hinblick auf den Umfang der Zuwanderung von Ausländern, einen besseren Zugang zu Informationen sowie vergleichbare Statistiken über die internationalen Migrationsbewegungen erforderlich. Regelmäßige und offene Diskussionen mit den Interessengruppen sollten sich auf relevante Forschungsergebnisse stützen. Der Kenntnisstand der Öffentlichkeit ließe sich auch durch eine objektive und breitere Medienberichterstattung über Migrationsfragen verbessern.

... und im zweiten werden die Auswirkungen der Einbürgerung auf die Arbeitsmarktintegration analysiert

Der Anteil der Zuwanderer, die eingebürgert werden, schwankt stark zwischen den OECD-Ländern. In Ländern, die durch Zuwanderung besiedelt wurden, erlangen praktisch alle regulären Zuwanderer die Staatsbürgerschaft

innerhalb von zehn Jahren nach ihrer Ankunft. In den europäischen OECD-Ländern ist der Anteil der langfristig im jeweiligen Aufnahmeland ansässigen Migranten, die eingebürgert werden, in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. Die Einbürgerungsraten unterscheiden sich zwischen den einzelnen Migrantengruppen. In nahezu allen Ländern wird die Einbürgerung von Zuwanderern aus Ländern der unteren Einkommensgruppe öfter in Anspruch genommen als von Zuwanderern aus OECD-Hocheinkommensländern. Ebenso besitzen zugewanderte Frauen mit höherer Wahrscheinlichkeit die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes als Männer; das Gleiche gilt für Zuwanderer mit Tertiärabschluss. Eingebürgerte Zuwanderer erzielen in der Regel bessere Arbeitsmarktergebnisse. Dies trifft insbesondere auf Zuwanderer aus Ländern der unteren Einkommensgruppe und auf zugewanderte Frauen zu. Eingebürgerte Zuwanderer erzielen im Allgemeinen bereits vor der Einbürgerung bessere Arbeitsmarktergebnisse, nach der Einbürgerung tritt jedoch eine weitere Verbesserung ein, was darauf schließen lässt, dass die Einbürgerung allein schon positive Auswirkungen auf die Arbeitsmarktergebnisse der Zuwanderer hat. Diese Verbesserung kann auf geringere Arbeitsmarkthemmnisse, eine erhöhte Mobilität und eine Abnahme der Diskriminierung zurückzuführen sein. Die Einbürgerung scheint sich besonders auf den Zugang der Zuwanderer zu besser bezahlten Arbeitsplätzen und zur Beschäftigung im öffentlichen Sektor auszuwirken. Aus diesem Kapitel lässt sich u.a. die Erkenntnis gewinnen, dass der Abbau von Barrieren, etwa von Beschränkungen in Bezug auf die doppelte Staatsangehörigkeit sowie von äußerst restriktiven Einbürgerungsvoraussetzungen, zur Verbesserung der Arbeitsmarktergebnisse der Zuwanderer insgesamt beitragen würde. Zuwanderer, die die Voraussetzungen für Einbürgerung bereits erfüllen, sollten ermutigt werden, die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes anzunehmen.

© OECD

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

